

## Hermann Strich neuer Regierungspräsident in Düsseldorf

Dr. Hermann Strich (61), Leitender Ministerialrat im nordrhein-westfälischen Innenministerium, ist von Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) zum neuen Regierungspräsidenten in Düsseldorf ernannt worden. Der am 1. Dezember 1921 in Cottbus geborene parteilose Beamte war bisher Gruppenleiter im Innenministerium und für öffentliches Dienstrecht und Arbeits-, Tarif- sowie Personalvertretungsrecht zuständig. Strich hatte 1949 und 1954 die juristischen Staatsprüfungen abgelegt und war im gleichen Jahr mit einer Arbeit über Kommunalrecht promoviert worden. Der Spitzenbeamte kehrt dorthin zurück, wo er 1955 seine Laufbahn begonnen hat. Im Düsseldorfer Regierungspräsidium am Rhein war Strich 1957 und



Dr. Hermann Strich

1958 persönlicher Referent des früheren Regierungspräsidenten Kurt Baurichter. 1961 wechselte Strich in das Innenministerium, wo er 1967 Gruppenleiter wurde. Der neue Regierungspräsident, der die Nachfolge von Dr. Achim Rohde (F.D.P.) antritt, ist verheiratet und hat drei Kinder. Über seinen Beruf hinaus arbeitet er im ständigen Ausschuss der Evangelischen Kirche im Rheinland mit.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, John van Nes Ziegler  
Redaktion: Josef Auweiler (Chefredakteur), Eckhard Hohlwein und Jürgen Knepper, Telefon: 884545, 884303 und 884304  
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“ Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags  
Redaktionsbeirat: Günther Einert MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer, Dr. Ottmar Pohl MdL (CDU), stellv. Fraktionsvorsitzender, Dr. Marianne Ulsamer (SPD), Pressereferentin, und Gerhardt Schmidt (CDU), stellv. Pressesprecher  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

### Porträt der Woche

Der Mann sammelte bei der letzten Landtagswahl 65,3 Prozent für die SPD. So ganz „untypisch“, wie Helmut Hellwig von sich behauptet, kann der Abgeordnete für die Region rund um Wanne-Eickel dann wohl nicht sein. Immerhin sagt Hellwig gänzlich unaufgeregt Dinge, die man von sozialdemokratischen Landespolitikern aus dem Ruhrpott in dieser Bestimmtheit selten hört. Zum Beispiel: „Pershing II und Cruise missiles sind Angriffswaffen. Wenn die Nato diese Waffen aufstellt, wird aus dem Verteidigungsbündnis ein Angriffsbündnis.“ Johannes Rau, neben dem Hellwig im SPD-Landesvorstand sitzt, wird dies wohl kaum unterschreiben. Im Gegensatz zu manch anderen Sozialdemokraten aus dem Ruhrgebiet, die sich in atemberaubendem Tempo aus Schmidt-Fans zu Nachrüstungsgegnern mauseren, kann Helmut Hellwig auf eine lange, persönliche Tradition kritischer Distanz zur oft bequemen Mehrheitsmeinung der Partei, seiner SPD, zurückschauen. Der ehemalige „Falke“ – von 1963 bis 1967 gehörte er dem Bundesvorstand dieser sozialistischen Jugendorganisation an – zählte zu den aktiven Ostermarschierern, er demonstrierte gegen die US-Aggression in Vietnam und sagte „Berufsverbot“, als die meisten Sozialdemokraten dieses Wort noch nicht in den Mund zu nehmen wagten. Aber zu Hellwig gehört es auch, daß er es war, der damals das öffentliche Streitgespräch zwischen Rudi Dutschke und Johannes Rau organisierte. Weil die Genossen im heimischen Wanne-Eickel dafür keinen Saal zur Verfügung stellen wollten, suchte sich Hellwig eben einen Saal im nahen Wattenscheid. Der eher still wirkende Abgeordnete steht für seine Überzeugungen. Und deshalb ist es vielleicht doch nicht untypisch, daß in Herne, wo die Mehrheit der Bevölkerung wohl in diesen weltpolitischen und prinzipiellen Fragen anders denkt, 65,3 Prozent Helmut Hellwig wählten.

Helmut Hellwig ist Vorsitzender des Ausschusses für Jugend, Familie und politische Bildung. Bei diesem Thema kann er sich schon ereifern. Für ihn gibt es „keine Entschuldigung“, daß – auch von der eigenen sozialdemokratischen Landesregierung – nicht mehr investiert wird, um allen Schulabgängern einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu garantieren. Natürlich, die 200 Millionen Mark, die im Landeshaushalt 1984 für diesen Zweck ausgewiesen sind, seien besser als die Streichungen in den zurückliegenden Jahren. Aber Hellwig sagt es ohne Umschweife: „Die 200 Millionen reichen noch nicht aus.“ Der Abgeordnete hat noch immer nicht aufgehört, sich darüber zu wundern, daß in den westlichen Demokratien der, so sagt er es, „Stellenwert der Jugendpolitik“ nicht in seiner ganzen Bedeutung erkannt



Helmut Hellwig (SPD)

wird. Hellwig leise aber provokativ: „Die Nazis und die Kommunisten, die haben mehr in ihre jeweilige Jugend investiert.“ Der Abgeordnete weiß natürlich ganz genau, daß die Kassen leer sind. Um so wichtiger erscheint es ihm, daß die Politiker – und ganz besonders die Sozialdemokraten – peinlichst darauf achten, daß gerade im Umgang mit der Jugend zwischen Theorie und Praxis der Politik „keine zumindest nicht zu erklärenden Lücken klaffen“. Wie lange es wohl dauern mag, bis die SPD (falls überhaupt jemals wieder) auf die Jugend eine derartige Anziehungskraft ausübt wie in den ersten Jahren der Kanzlerschaft von Willy Brandt? Hellwig gibt sich da keinen Illusionen hin: „Das dauert zehn Jahre – mindestens.“ Immerhin, der Mann aus Wanne-Eickel, der sich selbst, ungefragt, dem linken Spektrum der Partei zuordnet, sieht die SPD wieder auf dem richtigen Weg, den sie in seinen Augen während der Kanzlerschaft Helmut Schmidts verlassen hatte. Hellwig hält es da eher mit seinem Parteivorsitzenden und dessen Vision von einer Mehrheit links von der Mitte. Die gebe es wahrlich, meint er trocken, man müsse diese linke Mehrheit nur in den richtigen Themen bündeln. Die SPD könne das natürlich nicht, wenn sie zur Partei des öffentlichen Dienstes degeneriere. Hellwig weiß, wovon er spricht. Eines Tages, erzählt er, habe er im heimischen SPD-Ortsverein bemerkt, daß elf von 15 Vorstandsmitgliedern in der Stadtverwaltung beschäftigt waren. Hellwig kurz und bündig mit einem leisen Lächeln in den vom Kinnbart halb verdeckten Mundwinkeln: „Das habe ich dann aber schnell geändert.“ Wie es mit ihm selbst weitergehen mag? Über seine persönliche politische Zukunft will er nicht reden. Er sei dagegen, Personen, die eigene eingeschlossen, in den Mittelpunkt zu stellen. Helmut Hellwig: „Mir geht es um die Sache. Und da haben wir gerade in ‚meinem‘ Ausschuss noch auf Jahre mehr als genug zu tun.“

Reinhard Voss